



20. Mai 2014

Bundestag muss praxistaugliches Greening beschließen

Bauernpräsident Heidl zum Direktzahlungen-Durchführungsgesetz

München (bbv) – In den letzten zwei Wochen fanden zwischen den Regierungsfraktionen intensive Beratungen zum Entwurf des Direktzahlungen-Durchführungsgesetzes und damit zur Umsetzung der EU-Agrarreform statt. An diesem Donnerstag sind die abschließenden Beratungen im Deutschen Bundestag geplant. „Ich appelliere nochmals eindringlich an alle Bundestagsabgeordneten, ein praxistaugliches und für Familienbetriebe leistbares Greening auf den Weg zu bringen“, sagt der bayerische Bauernpräsident Walter Heidl. Der Bauernverband habe sich seit Beginn der Beratungen zur EU-Agrarreform konstruktiv eingebracht und sich für ein nutzungsintegriertes Greening stark gemacht, damit keine Flächen stillgelegt werden müssen. „Die Politik muss Wort halten – schließlich wurde stets betont, dass bei den ökologischen Vorrangflächen eine landwirtschaftliche Nutzung möglich sein wird“, sagt Heidl. „Der von der EU vorgegebene Rahmen ermöglicht praxistaugliche Lösungen. Einzig: Deutschland muss nun auch entsprechende Regelungen und Gesetzestexte auf den Weg bringen.“

Während vier von fünf Verbrauchern laut einer aktuellen GfK-Studie großes Vertrauen in die nachhaltige Arbeit der Landwirte haben, machen einzelne Politiker und Organisationen Stimmung gegen ein integriertes Greening. „Diese unsachliche Diskussion ist unfair unseren 110.000 bayerischen Bauernfamilien gegenüber!“, sagt Heidl. Jeder zusätzliche Hektar, der durch Zwischenfrüchte begrünt wird, oder auf dem heimisches Eiweißfutter angebaut wird, sei ein Mehrwert für Biodiversität und Ökologie.

Wichtig sei auch, dass das Bundeslandwirtschaftsministerium eine einfache Umsetzung der Regelung zum aktiven Landwirt mit der EU-Kommission vereinbart. „Hier muss verhindert werden, dass Nebenerwerbsbetriebe und Betriebe mit Einkommenskombination unnötige Nachweise für landwirtschaftliche Tätigkeiten erbringen müssen“, fordert Heidl. Unnötige Auflagen und unsinnige Bürokratie müssen tabu sein.